

Bildung SVP wildert in fremden Territorien

Von David Schaffner

Ausländer-Quoten und mehr Disziplin: Die SVP will der SP das Thema Bildung streitig machen.

Mit starrem Blick schaut die politische Schweiz heute Abend auf die Albisgüetli-Tagung der SVP Zürich. Christoph Blocher hat angekündigt, dass er erste Kostproben von der künftigen Oppositionspolitik geben will. Zu erwarten ist, dass er sich zur Bildungspolitik äussert. SVP-Vertreter haben kürzlich angekündigt, dass sie an den Schulen aufräumen wollen.

Innovationen bringen

Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die SVP erste Weichen gestellt: «An der Kadertagung in Bad Horn haben Workshops ergeben, dass wir ein Kompetenzzentrum zum Thema Bildung gründen müssen», sagt Nationalrat Lukas Reimann (SVP). Eine entsprechende Absichtserklärung habe die Partei verfasst.

«Bis anhin galt die SP als Bildungspartei», sagt Reimann. «Jetzt wollen wir die SVP als jene Partei aufstel-



SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat Vorschläge zur Bildungspolitik erarbeitet. Bild: Key

len, die im Bereich Bildung die wichtigen Innovationen bringt», kündigt er an. In welche Richtung die SVP gehen könnte, zeigt ein Reimann-Papier:

• **Ausländer-Quote:** In einer Schulklasse soll höchstens die Hälfte der Kinder keinen roten Pass haben. «Sonst klappt die Integration nicht mehr und die Lehrer sind überfordert», so Reimann.

• **Härtere Strafen:** Die Lehrer sollen mehr Möglich-

keiten erhalten, Problem-schüler in Schach zu halten. «Schüler, die nur stören, müssen wir von der Schule verweisen und in ein Erziehungscamp schicken», sagt Reimann.

• **Schutzmassnahmen an Schulen:** Rektoren sollen einen Sicherheitsdienst oder ein Kriseninterventionsteam aufbieten können. «Lehrer und Schüler werden heute oft bedroht», sagt Reimann. «Wir müssen sie besser schützen.»

• Anlaufstelle für Opfer:

«Viele Schüler leiden unter Mobbing und Jugendgewalt», stellt Reimann fest. Sie sollen eine Anlaufstelle erhalten, bei der sie professionelle Hilfe in Anspruch nehmen können.

• Erziehungskurse für Eltern:

«Viele Eltern nehmen ihre Aufsichtspflicht über die Kinder nicht mehr richtig wahr», sagt der junge Nationalrat. «Sie sollen künftig einen Erziehungskurs besuchen müssen.»

Stadt Bern verbietet Anti-WEF-Demo

Nervöse Stimmung in Bern: Die Stadt hat die Bewilligung für die Anti-WEF-Kundgebung am kommenden Samstag widerrufen. Grund ist eine veränderte Lagebeurteilung der Kantonspolizei.

Die Polizei sei zu dem Schluss gekommen, dass für die Kundgebung am Samstag breit mobilisiert worden sei, sagte Manuel Willi, der Chef der Regionalpolizei Bern. Es seien

auch militante Leute zu erwarten, sagte er an einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz. Zudem sei nach neusten Erkenntnissen nicht mehr nur regional, sondern national mobilisiert worden.

Böse Erinnerungen

Die Organisatoren der Demo hätten sich zudem nicht öffentlich von Gewalt distanziert. Willi stützt sich bei dieser Aussage auf einen

Bericht des Schweizer Fernsehens. Auch sitzen der Polizei noch die bösen Erinnerungen vom Herbst im Nacken: Rund um die Kundgebung der SVP und die Gegendemonstration kam es zu heftigen Randalen.

Bern will nun zusätzliche Einsatzkräfte aufbieten. Die Stadt ruft dazu auf, an der unbewilligten Kundgebung nicht teilzunehmen.

Die im «Bündnis Alle gegen Rechts» vereinigten au-

tonomen und anarchistischen Gruppen wollen sich die Kundgebung am Samstag aber nicht verbieten lassen. Und riefen gestern Abend zur Teilnahme an dieser auf.

Lage falsch eingeschätzt

Bündnis-Sprecher Giovanni A. Schumacher erklärte, die Stadt Bern schätze die Lage falsch ein. Die Organisatoren strebten eine ruhige Veranstaltung an. (sda)

PC-9 war wohl bewaffnet

Bern Tschad hat das 2006 aus der Schweiz gelieferte militärische Trainingsflugzeug PC-9 sehr wahrscheinlich bewaffnet. Dass die Maschine für Kampfeinsätze gegen Rebellen in Darfur verwendet wurde, steht laut Seco nicht fest. Ein solcher Einsatz würde der Versicherung des Tschad widersprechen, den PC-9 einzig für Trainingsflüge zu verwenden.

Heiraten kaum möglich

Bern Für Papierlose oder abgewiesene Asylsuchende sei es praktisch unmöglich, eine Person mit Schweizer Pass zu heiraten. Dies kritisiert die grüne Alt-Nationalrätin Anne-Catherine Menétrey (VD). Im Kampf gegen Scheinehen seien die Hürden so hoch gezogen worden, dass das verfassungsmässig verbrieftete Recht auf Ehe und Familie verletzt werde.

VBS will neue Kampffjets

Bern Samuel Schmid's Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat die Flugzeughersteller Boeing, Dassault, EADS und Gripen International eingeladen, Offerten für Kampfflugzeuge einzureichen. Es geht um einen Ersatz für die Tiger-Kampffjets. Kosten soll der Flugzeug-Kauf 2,2 Milliarden Franken.



Verteidigungsminister Schmid sucht nach Ersatz für die Tiger-Jets. Key

Junge Neonazis

Bern Jugendliche Rechtsextreme sind keine Modernisierungsverlierer: Gemäss einer Studie des Nationalfonds ist die Familie und das soziale Umfeld für die rechte Gesinnung entscheidend. Die Studie schliesst daraus, dass es keine pauschal richtige Intervention im Umgang mit jugendlichen Neonazis gibt. Es sei dagegen wichtig, auf die biographischen Verläufe der Jugendlichen zu reagieren. (sda)